

Niederschrift

Gremium	Sitzung - UwE/008(V)/10			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Umwelt und Energie	Dienstag, 9.03.2010	Altes Rathaus Franckesaal	17:00Uhr	19:30Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 16.02.2010
- 4 Beschlussvorlagen
- 4.1 Behandlung der Stellungnahmen zum Vorentwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 301-6.1 "Renneweg" DS0484/09
- 4.2 Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum vorhabenbezogenen B-Plan Nr. 301-6.1 "Renneweg" und Wechsel des Vorhabenträgers DS0485/09
- 4.3 Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 334-1.2 "Einzelhandelsstandort Bergstraße" DS0532/09
- 4.4 Vorhabenbezogener Bebauungsplan für das Grundstück Am Fuchsberg 18 - 24 DS0569/09
- 4.5 Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 250-2 "Verlängerter Strombrückenzug" DS0601/09
- 5 Anträge
- 5.1 Bauablauf Tunnel - Verkehrsleitkonzept A0208/09
- 5.2 Bauablauf Tunnel - Verkehrsleitkonzept A0208/09/1
- 5.3 Bauablauf Tunnel - Verkehrsleitkonzept S0003/10
- 6 Informationen
- 6.1 Förderprogramm Soziale Stadt Kannenstieg/ Neustädter See, Planung u. Realisierung eines Rundweges am Neustädter See, Planfeststellungsverfahren I0011/10
- 6.2 Energiebericht 2009 I0027/10
- 7 Verschiedenes

Nichtöffentliche Sitzung

- 8 Beschlussvorlagen
- 8.1 Grundstücksveräußerung des Entwicklungsträgers

DS0056/10

Anwesend:

Vorsitzende/r

Wendenkampf, Oliver A. Dipl. Biol.

Mitglieder des Gremiums

Nordmann, Sven

Kraatz, Daniel

Theile, Frank (für Frömert, Regina)

Krause, Bernd

Bock, Andreas

Beratende Mitglieder

Bartelmann, Gregor

Sachkundige Einwohner/innen

Fassl, Josef

es fehlten:

Sachkundige Einwohner/innen

Reppin, Bernd

Frederking, Dorothea Dipl.-Ing.

Schmicker, Wolfgang

Verwaltung:

Herr Schulze

Amt 31

Frau Fricke

Amt 31, Protokoll

Herr Wrede-Pummerer

Amt 61

Herr Redeker

Amt 61

Frau Bartel

Amt 61

Herr Ulrich

EB KGm

Herr Schlenker

EB KGm

Herr Kunze

EB KGm

Herr Dr. Scheidemann

Bg VI

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen worden und der Ausschuss beschlussfähig sei.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Abstimmung: 6-0-0

3. Genehmigung der Niederschrift vom 16.2.2010

Abstimmung: 5-0-1

Der Ausschussvorsitzende hat Nachfragen bzw. Zusatzinformationen zu Themen der letzten Sitzung:

zu 6.2 vor Ort Sitzung im Ökozentrum

Der Ausschussvorsitzende schlägt den 14.04.2010 m 17:00 Uhr vor.

zu 6.3 Bundesnaturschutzgesetz

Herr Schulze informiert, das MLU habe den Begriff „gärtnerisch genutzte Fläche“ per Erlass definiert. Die Pressemitteilung zur Baumfällung sei damit überholt gewesen. Herr Wendenkampf bittet darum, den Erlass in Mandatos für die Ausschussmitglieder zur Verfügung zu stellen. Herr Schulze erklärt, es werde allenfalls ein Auszug aus dem Erlass eingestellt.

zu 6.4 Ortsbegehung MHKW

Der Ausschussvorsitzende wird einen Terminvorschlag unterbreiten

4. Beschlussvorlagen

- | | | |
|------|--|-----------|
| 4.1. | Behandlung der Stellungnahmen zum Vorentwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 301-6.1 "Renneweg" | DS0484/09 |
| 4.2. | Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum vorhabenbezogenen B-Plan Nr. 301-6.1 "Renneweg" und Wechsel des Vorhabenträgers | DS0485/09 |
-

Frau Bartel - Amt 61 - stellt die Drucksachen vor.

Herr Stadtrat Krause stellt fest, im Bereich Rennebogen gebe es genug Freiflächen zur Bebauung, andererseits in der Umgebung auch kleinflächige Bebauungen. Aus seiner Sicht müsse berücksichtigt werden, dass die untere Naturschutzbehörde eine vorherige Änderung des Flächennutzungsplanes fordere. Er müsse sich als ehrenamtlicher Stadtrat auf die Fachämter stützen, da er nicht einschätzen könne, wie die Sachlage sei.

Herr Stadtrat Bock fragt, ob die Änderung der Flächennutzungsplanung gleichzeitig zur B-Planung erfolgen könne. Herr Wrede-Pummerer informiert, die Trägerschaft für die Flächennutzungsplanung liege beim Stadt-Umland-Verbund, der z. Zt. nicht beschlussfähig sei. Amt 61 sei der Ansicht, dass eine Änderung des Flächennutzungsplanes nicht nötig sei.

Herr Schulze - Amt 31 - stellt klar, der Oberbürgermeister (der letztendlich auch die untere Naturschutzbehörde sei) habe die Drucksache genehmigt.

Herr Stadtrat Wendenkampf fragt, ob Änderungen überhaupt noch möglich seien. Frau Bartel antwortet, es handele sich um einen vorhabenbezogenen B-Plan, dessen Aufstellung der Stadtrat unter Beteiligung des Uwe 2009 beschlossen habe.

Herr Stadtrat Bock fragt nach, ob bereits in der Kleingartenkonzeption vorgesehen sei, die Flächen in Bauland umzuwandeln. Frau Bartel verneint dies.

Herr Stadtrat Theile weist ebenfalls darauf hin, dass der B-Plan ein anderes Ziel verfolge als der Flächennutzungsplan. Frau Bartel entgegnet, beim FNP werde in größerem Maßstab geplant und nicht parzellenscharf wie in der Bauleitplanung.

Der Ausschussvorsitzende führt aus, hier lägen zwei unterschiedliche Rechtsauffassungen vor. Eine Stellungnahme des Rechtsamtes sei nicht bekannt. Aus seiner Sicht könne sich der UWE daher nicht positionieren. Frau Bartel schlägt vor, das Baurechtsreferat zu befragen.

Herr Stadtrat Wendenkampf bittet um Einbeziehung des Rechtsamtes.

Antrag zur Geschäftsordnung: Beide Drucksachen werden zurückgestellt, bis eine Stellungnahme des Rechtsamtes vorliegt.

Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages für DS0484/09: 5-0-1

Die Behandlung der DS0484/09 wird zurückgestellt.

Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages für DS0485/09: 5-0-1

Die Behandlung der DS0485/09 wird zurückgestellt.

4.3. Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 334-1.2 "Einzelhandelsstandort Bergstraße" DS0532/09

Frau Bartel- Amt 61 - erläutert kurz die Drucksache.

Herr Stadtrat Nordmann fragt nach, ob festgelegt sei, welche Bäume gepflanzt werden müssen.

Frau Bartel erklärt, es müsse ein Baumpflegevertrag geschlossen werden - die Überwachung erfolge durch das Bauordnungsamt.

Herr Stadtrat Bock regt an, das Areal müsse nicht unbedingt ein SB-Markt werden, es sei auch eine andere Nutzung denkbar. Frau Bartel führt aus, dass es einen Antrag für einen SB-Markt gebe und es sich um einen vorhabenbezogenen B-Plan handle. Die Tatsache, dass die Märkte so dicht beieinander lägen, sei kein baurechtliches, sondern ein marktwirtschaftliches Problem. Herr Schulze - Amt 31 - informiert, dass es sich bei der Fläche um eine ehemals landwirtschaftlich genutzte Fläche handle.

Herr Fassl fragt nach, wie die Nachbargebäude geschützt werden. Frau Bartel antwortet, es gebe ein Immissionsschutzgutachten. Die vorhandene Mauer bleibe stehen und werde auf 3 m erhöht. Beim Baukörper werde die Lage der Lüfter beachtet.

Es folgt eine Diskussion über die Wirtschaftlichkeit des Vorhabens. Herr Stadtrat Bock bittet um eine Aufstellung aller geschlossenen Märkte in der Stadt. Frau Bartel erklärt, dies sei zwar möglich, jedoch sei der Aufwand nicht einschätzbar.

Abstimmung DS0532/09: 1-2-3

4.4. Vorhabenbezogener Bebauungsplan für das Grundstück Am Fuchsberg 18 - 24 DS0569/09

Frau Bartel - Amt 61 - erläutert die Drucksache.

Herr Stadtrat Krause stellt fest, hier finde die Konkurrenzlage zur Semmelweißstraße Beachtung. Die GWA wünsche, dass hier etwas passiere. Frau Bartel erklärt, das Märktekonzept ermögliche nur eine räumliche Abgrenzung. Es könne nicht bestimmen, ob zwei Anbieter nebeneinander liegen dürfen.

Herr Stadtrat Wendenkampf führt aus, es handle sich hier um einen speziellen Anbieter (Hochzeitsausstatter) und er könne den Argumenten der Verwaltung folgen.

Herr Theile kritisiert, dass die Konkurrenz bei diesem B-Plan eine Rolle spiele, bei anderen jedoch nicht. Das sei inkonsequent. Entweder man überlasse alles der Marktwirtschaft oder nichts. Das Gebäude stehe leer, der Investor habe nun Probleme. Er plädiere dafür, dass sich der Unternehmer

entfalten könne. Zu hinterfragen sei auch, ob die Wirtschaftsförderung Partner zusammen gebracht habe. Ohne Nutzung verfalle das Gebäude.

Herr Stadtrat Nordmann stellt fest, eine Wirtschaftlichkeitsdiskussion könne nicht Gegenstand der Diskussion im UwE sein.

Abstimmung DS0569/09: 3-3-0

4.5. Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. DS0601/09
250-2 "Verlängerter Strombrückenzug"

Frau Bartel - Amt 61 - stellt die Drucksache vor.

Herr Stadtrat Krause merkt an, dass der B-Plan die Flächen auch vor anderweitiger Bebauung schütze. Frau Bartel entgegnet, hierfür bestehe keine Notwendigkeit. Herr Wrede-Pummerer ergänzt, es solle ein Planfeststellungsverfahren durchgeführt werden. Hier handele es sich um ein verwaltungsrechtliches Problem - Planfeststellung und B-Plan gemeinsam durchzuführen sei kompliziert. Herr Stadtrat Wendenkampf entgegnet, er könne der Begründung für den Aufhebungsbeschluss nur den zeitlichen Gewinn entnehmen. Das sei ihm zu wenig. Herr Dr. Scheidemann erläutert, ohne Aufhebung des B-Planes würde die Fachplanung auf die B-Planung aufsatteln. Die B-Planung habe keine Rechtswirkung, da nur ein Aufstellungsbeschluss vorliege. Die Frist sei verstrichen, da seitdem nichts passiert sei. Nach neuem Baurecht müsse der Aufstellungsbeschluss ohnehin aufgehoben werden.

Ein Negativbeispiel sei die Ummendorfer Straße. Hier sei die B-Planung gescheitert.

Herr Stadtrat Krause führt aus, wenn in der Innenstadt der Verkehr beruhigt werden solle, dann müsse der Verkehr an anderer Stelle abfließen können. Der jetzige Zustand sei auch nicht haltbar.

Abstimmung DS0601/09: 4-1-1

5	Anträge	
5.1.	Bauablauf Tunnel - Verkehrsleitkonzept	A0208/09
5.2.	Bauablauf Tunnel - Verkehrsleitkonzept "	A0208/09/1
5.3.	Bauablauf Tunnel - Verkehrsleitkonzept "	S003/10

Herr Stadtrat Nordmann hinterfragt, welche Sperrzeit realistisch sei. Die Stadt gehe von 10 Monaten Vollsperrung aus. Er befürworte den Änderungsantrag, in dem eine Sperrzeit von 6 Monaten angestrebt werde.

Herr Stadtrat Theile führt aus, die Belastung für die Bürger solle gering gehalten werden. Für ihn sei wichtig, die Überlegungen der Verwaltung nachvollziehen zu können, die zu einer Sperrzeit von 10 Monaten führten. Herr Stadtrat Nordmann entgegnet, eine Sperrzeit von 10 Monaten sei von Anfang an angedacht gewesen. Es sei eine Forderung der Stadträte gewesen, diese Zeit zu verkürzen. Herr Dr. Scheidemann ergänzt, der ÖPNV solle so wenig wie möglich eingeschränkt werden. Zunächst werde die Null-Ebene gebaut. Dann solle es in den Untergrund gehen. Die Sperrzeit gelte nur für den motorisierten Individualverkehr. Es werde in Modulbauweise gebaut.

Abstimmung des Änderungsantrages A0208/09/1: 3-1-2

Abstimmung des geänderten Antrages A0208/09: 3-2-1

Die Stellungnahme S003/10 wird zur Kenntnis genommen

6. Informationen

Herr Stadtrat Kraatz bittet um Ausführungen zum Thema Hohmanns Bad. Herr Stadtrat Wendenkampfr fragt, warum die Wege als Asphaltwege ausgebaut werden und nicht sandgeschlämmt bleiben. Herr Dr. Scheidemann erläutert, bei Asphalt sei die Befahrbarkeit mit Pflegefahrzeugen einfacher und die Folgekosten seien geringer.

Herr Dr. Scheidemann informiert, es sei zu erwarten, dass sich die Bungalowsiedler in Kürze zu einem Verein zusammenschließen.

Herr Redeker - Amt 61 - stellt klar, dass das Strandbad nicht Bestandteil des Planfeststellungsverfahrens sei.

Herr Stadtrat Kraatz fragt nach der Zuwegung nach Rothensee. Herr Redeker erläutert, dass an der Ostseite des Sees entlang des Strandbades eine Zuwegung erfolgen solle. Nach dem Planfeststellungsbeschluss (wenn Fördermittel bewilligt werden) erfolge die Umsetzung auf mehrere Jahre verteilt.

Herr Stadtrat Wendenkampfr fragt, wie das Umweltamt zum Asphalt stehe. Herr Schulze erklärt, die Erfahrung mit Asphaltdecken sei gut, z.B. auf dem Elbdeich. Auch Radfahrer und Inlineskater nutzen diese Wege. Da am Neustädter See ein Wohngebiet in der Nähe sei, solle auch die Erholungsnutzung beachtet werden. Herr Stadtrat Wendenkampfr fragt, ob für die versiegelte Fläche an anderer Stelle entsiegelt werde. Herr Wrede-Pummerer führt aus, der Ausgleich sei Bestandteil des Planfeststellungsverfahrens. Es erfolge keine Entsiegelung, aber ein Ausgleich im nordwestlichen Bereich - dort würden Wärme liebende Arten angesiedelt. Dies sei eine Kostenfrage und auch abhängig von den bewilligten Fördermitteln. Herr Stadtrat Wendenkampfr bietet an, Flächen aufzulisten, die entsiegelt werden könnten. Herr Wrede-Pummerer bedauert, dass diese Anregungen nicht im Scoopingtermin ausgesprochen wurden.

Die I0011/10 wird zur Kenntnis genommen.

Herr Stadtrat Theile verlässt die Sitzung um 19:00 Uhr.

Herr Stadtrat Bock bringt seine Verwunderung darüber zum Ausdruck, dass Solarthermie unwirtschaftlich sein solle. Die neue Gesetzeslage erhebe die Solarthermie zur Pflicht. Ebenso solle die Kühlung von Gebäuden Beachtung finden. Herr Ullrich - KGm - entgegnet, es gebe einen Vertrag mit der SWM, der Bestand habe. Bei einer neuen Gesetzeslage müsse die SWM entsprechend handeln. Der Warmwasserverbrauch in den kommunalen Gebäuden sei gering, Solarthermie daher nur bei Schwimmhallen sinnvoll. Bei der Sanierung der Schwimmhalle Diesdorfer Straße gebe es konkrete Verhandlungen mit der SWM zur Untersuchung der Solarwärmenutzung. Der Entscheidungsprozess laufe. Zu klären sei, ob die Mehrkosten vertretbar seien. Hinsichtlich der Kühlung von Gebäuden gebe es ein stringentes Konzept. Sie erfolge auf natürlichem Wege. In Schulen sei nicht immer nachhaltig verfahren worden. Hier seien z.T. Lüftungsanlagen als „Stromfresser“ eingebaut worden. Fotovoltaikanlagen könne die Stadt nicht selbst finanzieren. Die Dachflächenbörse sei auf eine gute Resonanz gestoßen. Die Nachfrage sei jedoch nach Reduktion der Einspeisevergütung gesunken.

Herr Stadtrat Bock fragt nach, ob es rechtlich möglich sei, die Solarthermieanlagen auf einem anderen Gebäude zu errichten als auf dem, in dem das Warmwasser genutzt wird. Herr Ullrich antwortet, ihm sei darüber nichts bekannt. Herr Schlenker ergänzt, Solarthermie werde ausschließlich für dezentrale Versorgung verwendet. Die städtischen Gebäude seien zu 58 % an Fernwärme aus erneuerbaren Energie angeschlossen.

Herr Stadtrat Krause fragt, ob die Fernwärme ausbaufähig sei. Herr Ullrich informiert, er sei im Gespräch mit der SWM. Es liege im Interesse der SWM, die Fernwärme weiter zu nutzen, jedoch müsse eine Trasse vorhanden sein. Die SWM lege beispielsweise eine Trasse zu den Städtischen Gewächshäusern. Das Dienstgebäude der Julius-Bremer-Straße 8-10 solle an die Fernwärmeversorgung angeschlossen werden.

Herr Stadtrat Wendenkamp fragt nach, welchen Anteil das MHKW an der CO₂-Gesamtemission der Stadt habe. Ihn interessiere, woher die Daten kommen. Ansonsten danke er für die zeitnahe Aufstellung des Energieberichtes. Dies sei für die Stadt sehr selten. Herr Ullrich verweist auf die Städtischen Werke - dort müssten die Zahlen vorhanden sein. Der Aufwand zur Erstellung des Energieberichtes sei hoch gewesen. Einiges sei noch nicht erfasst worden, so z.B. Daten vom Tiefbauamt und den Städtischen Gesellschaften. Der Ausschussvorsitzende bittet um eine jährliche Information an den Stadtrat, ob die Anträge umgesetzt worden sind. Herr Ullrich entgegnet, dass Anträge fristgerecht beantwortet werden.

Herr Stadtrat Nordmann fragt, aus welchen Gründen der Energieverbrauch zurück gegangen sei - ob dies an Gebäudestilllegungen oder an Energiesparmaßnahmen liege. Eine weitere Frage sei, ob die Verbräuche um die der Kitas bereinigt worden seien. Bei anderen sei der Stromverbrauch gestiegen. Herr Ullrich antwortet, die Energieverbräuche seien hauptsächlich durch Sanierungen zurück gegangen. Die Verbräuche seien um die der Kitas bereinigt worden. Allerdings sei nach der Sanierung des Rathauses der Stromverbrauch gestiegen. Es seien neue technische Geräte installiert worden. Ein weiteres Beispiel sei das Museum - hier seien Klimageräte für spezielle Ausstellungen aufgestellt worden.

Herr Stadtrat Nordmann spricht das Thema „Energieausweis“ an. Herr Ullrich informiert über die beiden unterschiedlichen Arten des Energieausweises und führt als Beispiel das Gebäude des Baudezernates an.

Herr Stadtrat Kraatz bittet um eine Übersicht über die Dachflächen, die in die Dachbörse eingestellt worden seien und über den Vermietungsstand. Herr Ullrich antwortet, dies sei möglich.

Herr Ullrich weist darauf hin, dass die Federführung bei Energiefragen beim KGm bleiben solle. Die Einrichtung einer Stabstelle sei nicht sinnvoll. Ein Benchmarking (Vergleichsindex) würde einen großen Aufwand bedeuten. Ein Vergleich sei möglich - es sei jedoch fraglich, ob dies sinnvoll sei.

Die I0027/10 wird zur Kenntnis genommen.

7 Verschiedenes

Es werden keine Themen angesprochen.

Der Ausschussvorsitzende beendet die Sitzung - Ende 19:30 Uhr

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dipl. Biol. Oliver A. Wendenkampf
Vorsitzender

Claudia Fricke
Schriftführerin